

 **Bundeskanzleramt**

Bundesministerin für
EU und Verfassung

[bundeskanzleramt.gv.at](https://www.bundeskanzleramt.gv.at)

Mag. Karoline Edtstadler
Bundesministerin für EU und Verfassung

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.121.202

Wien, am 16. April 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Krainer, Kolleginnen und Kollegen haben am 16. Februar 2021 unter der Nr. **5399/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Umsetzung der Stellungnahme des Hauptausschusses zur öffentlichen transparenten länderspezifischen Berichterstattung durch die Bundesregierung“ an mich gerichtet.

Zu den Fragen 1 bis 8:

- 1. Welche aktiven Schritte haben Sie als Minister seit dem 11.12.2019 gesetzt, um jegliche Maßnahmen zur Steuergerechtigkeit auf europäischer Ebene aktiv voranzutreiben? Bitte um Detailangabe zu Datum, Inhalt, Form (Schriftstück, Wortmeldung) und Formation des Rates/Dienststelle je Einzelvorgang.*
- 2. Welche aktiven Schritte haben Sie als Minister seit dem 11.12.2019 gesetzt, um ehebaldigst dem Dossier der transparenten veröffentlichten länderspezifischen Berichterstattung im Rat zustimmen zu können? Bitte um Detailangabe zu Datum, Inhalt, Form (Schriftstück, Wortmeldung) und Formation des Rates/Dienststelle je Einzelvorgang.*
- 3. Welche aktiven Schritte haben Sie als Minister seit dem 11.12.2019 gesetzt, um die Beschlussfassung nicht weiter zu verzögern? Bitte um Detailangabe zu Datum,*

Inhalt, Form (Schriftstück, Wortmeldung) und Formation des Rates/Dienststelle je Einzelvorgang.

4. *In welchen Sitzungen des Rates oder der vorbereitenden Dienststellen (AStV, Attachees etc.) war das Dossier auf der Tagesordnung?*
 1. *Welche Wortmeldungen wurden seitens Österreich hierzu abgegeben?*
 2. *Wie hat der bzw. die österreichische Vertreter/in bei diesen Sitzungen abgestimmt?*
 3. *Welche Weisungen wurden aus Ihrem Ministerium anlässlich dieser Sitzungen zu diesem Dossier erteilt (bitte um Inhaltsangabe und Informationen, wie diese Weisungen zu Stande gekommen sind)?*
 4. *Haben Sie die Stellungnahme des Nationalrates berücksichtigt? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?*
5. *Haben Sie in den Rats-Sitzungen für das Dossier gestimmt? Wenn nein, warum nicht?*
6. *Haben Sie dafür Sorge getragen, dass das Dossier auf die Tagesordnung der Sitzungen kommt? Wenn ja, wann und in welcher Form? Wenn nein, warum nicht?*
7. *Wurde Ihres Kenntnisstandes nach durch Stimmenthaltung oder Nicht-Wortmeldung verhindert, dass das Dossier auf die Tagesordnung einer vorbereitenden Sitzung oder Rats-Sitzung kommt oder abgestimmt werden kann?*

Wenn ja,

 1. *Wann war dieser Vorgang (bitte um Angabe des Datums der Sitzung)?*
 2. *Wer hat das veranlasst (wie war die Weisungslage inhaltlich und wer hat dieser erteilt)?*
 3. *Haben Sie oder Mitarbeiter Ihres Ressorts dies veranlasst?*
8. *Konkret fand am 22.1.2021 eine Sitzung der Arbeitsgruppe Unternehmensrecht (CbC-R) – Attachés statt. Um den Informationsfluss zwischen den jeweils zuständigen BundesministerInnen und dem Nationalrat und dem Bundesrat zu optimieren, besteht gemäß dem Bundesgesetz über Information in EU-Angelegenheiten (EU-InfoG) eine Informationspflicht auch für vorbereitende Gremien des Rates. Hierzu ist auch ein Bericht des Bundesministeriums für Finanzen am 27.01.2021 übermittelt worden. Aus diesem Bericht ist jedoch die österreichische Position nicht ersichtlich. Welche Position nahm Österreich (Zustimmung/Ablehnung/Enthaltung des Vorschlags) ein?*

Die Koordination von Europapolitik in Österreich liegt gemäß dem Bundesministeriengesetz 1986, in der nunmehr geltenden Fassung, BGBl. I Nr. 30/2021, im Zusammenhang mit der Entschließung des Bundespräsidenten gemäß Art. 77 Abs. 3 B-VG, BGBl. II Nr. 17/2020, in meinem Verantwortungsbereich. Ich ersuche aber um Verständnis, dass diese Fragen nicht

Gegenstand meines Vollziehungsbereiches sind und somit nicht beantwortet werden können. Ich darf daher auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 5404/J vom 16. Februar 2021 durch den Bundesminister für Finanzen verweisen.

Mag. Karoline Edtstadler

